

„Urbane und ländliche Heimat gestalten, klimaneutral und generationengerecht bauen und wohnen, Lebensqualität sichern“

BESCHLUSS

Die demografische Entwicklung unserer Gesellschaft wird – nach der Umweltpolitik – das maßgebliche gesellschaftliche Thema in Deutschland werden. Es wird um neue Wertebestimmung gehen, um Generationengerechtigkeit und Weiterentwicklung des Zusammenlebens. Die FDP ist aufgefordert dieses Thema zu einem ihrer Kernanliegen zu machen.

Einmal, um der Gesellschaft ein offenes Diskussionsangebot im Zeichen der Freiheit zu machen – andererseits aber auch um gesellschaftlich notwendige Weiterbestimmung vorzunehmen und sich selbst dabei programmatisch weiterzuentwickeln. Die Tauglichkeit unserer Gesellschaftspolitik für Deutschland kann Ausstrahlung für Europa gewinnen.

Zur Freiheit eines jeden Einzelnen gehört, sich selbstbestimmt fortbewegen zu können, so dass von der Jugend bis ins hohe Alter in jeder Lebenssituation eine aktive Teilhabe am sozialen, sportlichen und kulturellen Leben und in den damit verbunden Einrichtungen, z. B. Schulen, Sportstätten, Museen möglich ist. Gleichzeitig besteht das Bedürfnis möglichst lange in der vertrauten Wohnung und der gewohnten Umgebung zu leben und ggf. auch zu arbeiten.

Ziel muss hierbei stets die Barrierefreiheit sein, wo immer dies technisch und wirtschaftlich möglich ist. Wo sich dies im Bestand nicht realisieren lässt, muss ein möglichst hoher Grad an Barrierearmut ermöglicht werden. Hierzu sehen wir uns insbesondere durch die angenommene UN- Behindertenrechtskonvention verpflichtet.

Gerade in Regionen, die etwa durch hohe Abwanderungsprognosen in der Bevölkerungsentwicklung gekennzeichnet sind, besteht deshalb erhöhter Handlungsbedarf. Neben Standortfaktoren, wie Arbeitsplatzangebot, Infrastruktur, wie z.B. generationenübergreifendes Wohnen, und Freizeitangebot entwickelt sich die Barrierearmut als Komfortmerkmal immer mehr zu einem wichtigen Kennwert für die Zukunftsfähigkeit für eine Region und insbesondere für deren Kommunen bzw. Landkreise. Deutschland ist bei Barrierearmut und Inklusion immer noch Entwicklungsland!

Um die sozialen Sicherungssysteme zu erhalten, müssen Jung und Alt eng zusammenarbeiten. Das Engagement für eine langfristige Beteiligung älterer Menschen am Arbeitsleben kann dazu beitragen, eine breitere „Brückengeneration“ von Arbeitnehmern zu erhalten, die einerseits selbst an der Grenze zu älteren Bevölkerungsgruppen stehen, andererseits die noch im Arbeitsleben stehen.

Die Freie Demokratische Partei sieht in der Bevölkerungsentwicklung eine Chance, durch die Annahme der Herausforderung des demografischen Wandels, die

Regionen trotz der Wanderungsbewegungen zukunftsfest zu gestalten. Die demografische Entwicklung unserer Gesellschaft wird eines der maßgeblichen Themen in Deutschland werden. Es wird um neue Wertebestimmung gehen, um Generationengerechtigkeit und Weiterentwicklung des Zusammenlebens.

Folgende Punkte gilt es als Sofortmaßnahmen umzusetzen:

Bestandsanalyse bei Kommunen und Landkreisen anfertigen

Eine Bewertung des Bestandes im sozialen Wohnungsbau und des öffentlichen Raumes hinsichtlich der Barrierearmut ist erforderlich. Öffentliche Plätze und Bereiche im Innenstadt- bzw. Ortskernbereich sind mit mindestens einer Durchwegung barrierefrei umzugestalten, ferner alle Bahnhöfe, Verkehrsknotenpunkte und Hauptverkehrsstraßen innerhalb eines urbanen Bereichs. Gemäß des Grundsatzes der Selbstbestimmt-Leben-Bewegung behinderter Menschen und der UN-Behinderten-rechtskonvention gilt es Menschen mit Behinderung bei öffentlichen Bauvorhaben rechtzeitig zu beteiligen.

Gründung von Aktionsbündnissen „Barrieren abbauen“

Innerhalb einer Kommune sollen Teams gebildet werden, die gute Lösungen, Handlungsempfehlungen und Nachrüstoptionen für die Gebäude und Plätze und für die Bürger der jeweiligen Kommune aufzeigen und bei der Anpassung der Infrastruktur, praktische Erfahrungen bei der Nutzung der Förderprogramme und Beratungsstrukturen darlegen. Dieses Team soll sich zusammensetzen aus Jugend-, Familien-, Behinderten- und Senioren- und Immobilienverbänden, zuständigen Vertretern der Kirchen, Politik, kommunalen Verkehrsunternehmen, Kommunen, Medien, Vereinen, dem Handwerk, der Industrie, Architekten und Planern. Modellvorhaben sollen Impulse geben, um mehr Eigentümer für bauliche Anpassungen der Wohnungsbestände zu interessieren. Dabei helfen sie Fehler bei der Umsetzung vor Ort zu vermeiden. Der öffentlichen Hand kommt eine Vorbildfunktion beim Barriereabbau zu, im baulichen Sinne, aber auch gerade in den Köpfen.

Stärkung der Eigenverantwortung

Nicht nur im öffentlichen Raum wollen wir das Bewusstsein für die Bedeutung von Barrierefreiheit stärken, sondern auch im privaten Umfeld. Unterstützt wird dies von öffentlicher Seite durch Fördermöglichkeiten der KfW-Bank gerade für private Haushalte. Privater Wohnraum soll für ein möglichst langes selbständiges Leben dienen. Daher kommt im privaten Umfeld auch dem Ausbau technischer Assistenzsysteme eine wesentliche Rolle zu. Das sind zum Einen hilfreiche Einbauten, die das alltägliche Leben vereinfachen, zum Anderen Vorrichtungen für den Notfall, wie ein Hausnotruf.

Mobilität ermöglicht Freiheit

Ferner gilt es Mobilitätsangebote und Versorgung immobiler Menschen auch im ländlichen Raum zu ermöglichen. Hierzu ist ein regionales ÖPNV-Netz zu etablieren, etwa „Anrufsammelkleinbusse“, welche mit Rollstuhl- bzw. Gehhilfemittnahmemöglichkeit ausgestattet sind, um einen Transfer zu den Verkehrsknotenpunkten bzw. in die Stadt- und Ortszentren sicherzustellen. Öffentliche Ausschreibungen sind so zu gestalten, dass die Belange von Behinderten vollumfänglich berücksichtigt werden. Barrierearmut an den Zustiegsmöglichkeiten, etwa durch einheitliche Bahnsteighöhen, und ausreichend Raumangebot für Rollatoren und Rollstühle, die

ggf. auch für Kinderwagen oder Fahrräder genutzt werden können, müssen bereits verpflichtend bei den Ausschreibungen des ÖPNV und der Bestellung von Fahrzeugen (Bussen und Zügen) in ausreichender Zahl berücksichtigt werden.

Wohnortnahe Versorgung

Die Nahversorgung der Bevölkerung in ländlichen und von Abwanderung betroffenen Gebieten gehört zu den wichtigsten Herausforderungen, denn diese sog. „Grenzertragsstandorte“ werden mangels Rendite durch Nahversorger oft nicht erschlossen. Insbesondere gilt es die flächendeckende qualifizierte medizinische ambulante Versorgung, die Nahversorgung mit Nahrungs- und Genussmittel (z.B. „Rollende Supermärkte“) sowie die soziale Infrastruktur (u.a. Schaffung von generationenübergreifenden Begegnungsstätten) sicherzustellen.

Überprüfung Bayerischer Bauordnung

Die Bauordnung muss ebenso wie die Baunutzungsverordnung und das Baugesetzbuch auf die Barrierefreiheit und -armut hin evaluiert werden.

Weiterbildung

Zur qualifizierten Beratung beim Thema „Barrierearmut“ müssen Weiterbildungsmöglichkeiten für Handwerker, Planer, Architekten und Ingenieure ausgeweitet und optimiert werden und für alle am Bau beteiligten bereits in die Ausbildung integriert werden.

Mittelausstattung

Die Fördermöglichkeiten durch die KfW-Bank „Altersgerecht Umbauen“ und "Investitionsoffensive Infrastruktur" müssen fortgeführt und gleichzeitig umgesetzt werden können. Ebenso ist die Mittelausstattung sukzessive an den zunehmenden Bedarf anzupassen.